

Satzung

über die Notwendigkeit einer Teilungsgenehmigung im Geltungsbereich von Bebauungsplänen in der Ortsgemeinde Mörlen vom 12. Aug. 1998

Der Gemeinderat hat auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) in Verbindung mit § 19 Abs. 1 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 27. August 1997 (BGBl. I, S. 2141, berichtigt BGBl. 1998 I, S. 137) in den derzeit geltenden Fassungen die folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1 Allgemeines

Diese Satzung bestimmt die Bebauungspläne im Sinne des § 30 Abs. 1 und 3 BauGB, in denen die Teilung von Grundstücken einer Genehmigung der Gemeinde bedarf.

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich

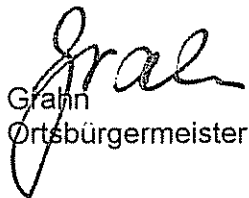
Im Geltungsbereich der folgenden Bebauungspläne bedarf die Teilung von Grundstücken der Genehmigung der Gemeinde:

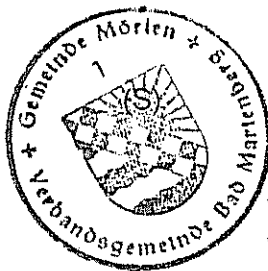
Bebauungsplan „Wiesenstraße - Haßelweg“
Bebauungsplan „Thomasfeld“

§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Ausgefertigt
Mörlen, 12.08.98


Grah
Ortsbürgermeister



Vorstehende Satzung wurde in der amtlichen Wochenzeitung der Verbandsgemeinde Bad Marienberg und der Ortsgemeinden, "Wäller-Blättchen", Nr. 34/98 am 21.08.1998 öffentlich bekanntgemacht.

Verbandsgemeindeverwaltung
Bad Marienberg, 11.09.1998
Im Auftrag:



